



Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 05.10.2017:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken, dan-news, lug-info sowie tass und ria.ru

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Lug-info.com: Pressekonferenz des bevollmächtigten Vertreters der LVR bei den Minsker Verhandlungen, des Außenministers der LVR Wladislaw Dejnego (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Ökonomische Untergruppe

Die Gruppe zu ökonomischen Fragen hat recht erfolgreich ihre gesamte Tagesordnung abgearbeitet. Sehr effektiv haben sie an einer Reihe von Bereichen gearbeitet. Es wurde maximal effektiv gearbeitet.

Vor allem sind die Fragen der Bezahlung für das Wasser, das wir vom von Kiew kontrollierten Territorium erhalten haben, berührt worden. Das ist eine ganze Reihe von Fragen der ökonomischen Zusammenarbeit.

Einer der ernstesten Momente, der in ökonomischen Untergruppe erörtert wurde, ist die Frage der ökologischen Sicherheit.

Die Frage betrifft für uns vor allem die Qualität des Wassers, das wir von jener Seite erhalten, und diese Qualität hängt direkt von der ökologischen Lage auf dem Territorium ab, wo dieses Wasser gefördert wird und wir erhalten Wasser aus den nördlichen Bezirken des von Kiew kontrollierten Territoriums.

Es wurden Fragen der Tilgung der Lohnrückstände der Arbeiter der Eisenbahn erörtert, die von der ukrainischen Seite entlassen wurden und denen eine recht lange Zeit keine Löhne gezahlt worden waren.

Dort gibt es zwei Segmente bei uns: ein Teil der Rückstände, der sich schon seit Februar 2016 angesammelt hat und bezüglich dessen die Frage nicht gelöst wurde, und der zweite Teil, der sich in der letzten Zeit angesammelt hat, direkt vor der Entlassung dieser Arbeiter.

In beiden Richtungen wird gearbeitet. Es gibt Hoffnung, dass die Frage dieser Lohnrückstände bald gelöst wird und das Geld an die Arbeiter der ukrainischen Eisenbahn gezahlt wird.

Eine der ernstesten Fragen, die von den Teilnehmern der ökonomischen Untergruppe erörtert wurde, war die Frage der ökologischen Sicherheit, die sowohl für die Einwohner der Republik als auch für die des von Kiew kontrollierten Territoriums des Lugansker Lands beunruhigend ist.

Es wurde ein Mechanismus eines Runden Tisches zu Fragen der Ökologie vorgeschlagen, an dem vor allem unsere Wissenschaftler, Wissenschaftler aus der Ukraine, internationale Experten und Experten der RF teilnehmen sollen.

Die Position zur Durchführung dieses Runden Tisches wurde praktisch von allen Seiten in Minsk unterstützt außer von der Ukraine, die es bis heute nicht für zielführend hält, einen solchen Runden Tisch durchzuführen.

Aber die Motivation, die zusätzlich auf der Sitzung der ökonomischen Untergruppe vorgebracht wurde, erlaubt es zu hoffen, dass die Entscheidung der Ukraine überdacht wird und es uns gelingt,

zu einem Konsens zu kommen und diesen Runden Tisch zu Fragen der Ökologie unter Beteiligung internationaler Experten, unter Beteiligung von Wissenschaftlern, die sich sachbezogen mit diesem Bereich konkret hier auf unserem Territorium beschäftigen, das sind vor allem unsere Wissenschaftler.

Untergruppe zur Sicherheit

Die Untergruppe zu Fragen der Sicherheit hat traditionsgemäß an Fragen der Kontrolle des Regimes der Feueinstellung gearbeitet, das von uns als unbefristet ausgerufen wurde und am 25. August im Zusammenhang mit dem Anfang des neuen Schuljahrs beginnen sollte. Leider haben wir schon mehrfach die Situation erörtert, aber es ist bisher nicht in vollem Umfang gelungen, ein Ergebnis dieser Deklaration zu erzielen.

Ein gewisses Absinken der Zahl der Beschüsse gibt es tatsächlich. Bei uns, auf unserem Territorium, entwickelt es sich wellenförmig. Zum Beispiel, bis zum Zeitpunkt des Beginns der Arbeit der UN-Generalversammlung hat die Zahl der Beschüsse auf unser Territorium 30 erreicht. Als die Generalversammlung endete, gab es einen gewissen Rückgang. Und unmittelbar vor dem Beginn gab es einen Rückgang auf drei bis vier Fälle der Verletzung des Regimes der Feueinstellung. Heute gibt es wieder eine gewisse Zunahme – auf 10.

Apakan hat in seiner Rede aufgerufen, eine vollständige Kontrolle über die Verletzungen zu organisieren.

Herr Apakan hat eine Dynamik gezeigt, gezeigt, dass im Vergleich zur vorhergehenden Woche sich die Verletzungen des Regimes der Feueinstellung etwa auf die Hälfte reduziert haben. Und er hat die Seiten aufgerufen, dass sie eine vollständige Kontrolle über diese Verletzungen organisieren und Maßnahmen ergreifen, um eine Ermittlung durchzuführen, die Schuldigen an diesen Verletzungen zu finden und Maßnahmen festzulegen, die es unmöglich machen, solche Verletzungen zuzulassen. Leider ignoriert die Ukraine von Anfang an die Verpflichtungen, die von den OSZE-Vertretern von den Seiten gefordert wurden, das ist die Veröffentlichung der Befehle zur Feueinstellung, über Maßnahmen zur Verantwortlichkeit, Informationen über die Ergebnisse von Ermittlungen, über die Heranziehung von Personen zur Verantwortung, die Verletzungen der Feueinstellung zugelassen haben. Und auch wenn wir und die DVR unsere Befehle veröffentlicht haben, so weigert sich die Ukraine kategorisch, dies zu tun, obwohl die OZSE-Mission systematisch Fragen in diesem Bereich stellt.

Offensichtlich ist die Logik der Ukraine so, dass diese Aktivitäten dazu führen können, dass die Beschüsse tatsächlich eingestellt werden müssen, und das brauchen sie nicht.

Wiederaufbau der Brücke bei Staniza Luganskaja

Das IKRK ist bereit, bei der Finanzierung des Wiederaufbaus der Brücke zu unterstützen und hat mit der LVR bereits ein Projekt für die Reparaturarbeiten abgestimmt, aber mit der ukrainischen Seite ist es den Vertretern des Roten Kreuzes nicht gelungen, ein Projekt abzustimmen.

Die Frage der Abstimmung der Reparatur dieser Brücken durch die ukrainische Seite kommt bis heute nicht vom toten Punkt weg.

Leider haben wir selbständig, ohne Hilfe des Roten Kreuzes, nicht genügend Ressourcen zum Wiederaufbau dieser Brücke und die Beteiligung des Roten Kreuzes wird systematisch und zielgerichtet von der ukrainischen Seite blockiert.

Dabei ist alles bereit, alle Auftragnehmer befinden sich im Startmodus, eine Finanzierung gibt es.

Die Ukraine redet davon, dass sie eine zusätzliche Untersuchung dieses Projekts durchführen müssen, um sich davon zu überzeugen, dass das Projekt den Anforderungen der fünften Sicherheitskategorie von Objekten entspricht, von denen die Sicherheit der Bevölkerung abhängt. Kiew zieht mit seinen Handlungen die Kompetenz der Ingenieure, die vom IKRK zur Vorbereitung des Projekts herangezogen wurden, in Zweifel.

Leider gibt es bisher keine Lösung. Dennoch erklärt die ukrainische Seite systematisch, dass wir nicht zulassen, dass die Brücke wiederaufgebaut wird und dass wir uns nicht mit dem Wiederaufbau der Brücke befassen.

Eröffnung weiterer Kontroll- und Passierpunkte

Der Passierpunkt in Stschastje wurde erörtert, wozu wir einen Vorschlag auf der letzten Sitzung

eingebraucht hatten. Leider ist von der Ukraine wieder nichts Fassbares eingegangen, außer so etwas wie „wir wollen nicht“. Es gibt die Hoffnung, dass wir es dennoch erzwingen, die Passierpunkte zu erörtern.

Die Ukraine erörtert weiter die Frage eines Passierpunkts bei Solotoje, den wir bereits vor anderthalb Jahren vorgeschlagen haben, aber dennoch verzögert sich die Frage der Vorbereitung und der Abstimmung.

Derzeit verfügt die Republik nicht über genug Ressourcen zur Schaffung der nötigen Infrastruktur eines Kontroll- und Passierpunkts bei Solotoje.

Derzeit wird die Frage behandelt, mit welchen Mitteln wir diese Infrastruktur schaffen können und weiter wird es ein sachbezogenes Verständnis der Perspektiven der Öffnung dieses Passierpunkts geben.

Die Pressesekretärin des Vertreters der Ukraine bei den Verhandlungen in Minsk Leonid Kutschmas Darka Olifer hat zu den Ergebnissen der Sitzung am 4. Oktober erklärt, dass die Kontaktgruppe „eindeutig die Initiative unterstützt hat“, die der Koordinator der Untergruppe zu Fragen der Sicherheit von der OSZE Ertugrul Apakan über eine Öffnung des KPP „Solotoje“ am 20. Oktober 2017 vorgebracht hat. Dabei hat Olifer angemerkt, dass die Regierungschefs der „normannischen Vier“ bereits vor einem Jahr eine entsprechende Entscheidung getroffen haben, aber die LVR nach ihren Worten „weiterhin diese Fragen blockiert“.

Der Versuch der OSZE-Mission zu erklären, dass zum 20. Oktober es schon möglich ist, einen KPP zu eröffnen, hat bei uns offenes Unverständnis hervorgerufen. Wie ist es möglich, einen Passierpunkt zu organisieren, wenn man keine Infrastruktur hat.

Apakan manipuliert die Fakten. Er hat diesen Vorschlag eingebracht, die Ukraine sagte: „Ja“.

Tatsächlich gibt es auf ihrer Seite Infrastruktur und sie haben sich mit dem Datum, dem 20. Oktober einverstanden erklärt.

Wir können ohne Infrastruktur diesen Passierpunkt nicht eröffnen, das würde bedeuten, Menschen ins freie Feld zu jagen. Sie verstehen, dass dies Ende Oktober ist, das ist der Beginn der Kälte, das bedeutet vor allem Regen.

Unter diesen Bedingungen ist es unmöglich, ohne Infrastruktur irgendeine Arbeit an einem Passierpunkt zu organisieren.

Ich habe Herrn Apakan vorgeschlagen dies unter seine Verantwortung zu nehmen, dort seine Kollegen hinzustellen, OSZE-Beobachter, um den Betrieb des Passierpunkts zu gewährleisten.

Warum hat er seine Schlüsse bezüglich der Möglichkeit des 20. Oktober nicht mit Handlungen bezüglich der Möglichkeit des Betriebs dieses Passierpunkts bestärkt?

Um über die These einer Öffnung eines Passierpunkts in Solotoje zu spekulieren, hat die Ukraine den Passierpunkt in Marjewka geschlossen, der sich etwa zwei Kilometer von der Kreuzung entfernt befindet, über die der Verkehr zum Passierpunkt Solotoje vorgeschlagen wird.

Ich schließe nicht aus, dass es zu einer Wiederholung der Provokationen kommt, die sich ereigneten, als die ukrainische Seite einseitig im Gebiet von Solotoje einen Passierpunkt eröffnet hat.

Politische Untergruppe

Die Gruppe zu politischen Fragen. Leider arbeitet diese Gruppe bereits in der 75. Sitzung ohne Tagesordnung. Der Stein des Anstoßes ist die „Formel Steinmeier“, deren Existenz die Ukraine in einem bestimmten Zeitraum völlig geleugnet hat. Weiter in irgendeiner Etappe waren sie bereit, die Existenz dieser Formel zuzugeben, aber sie haben kategorisch nicht zugestimmt, sie in die Tagesordnung aufzunehmen.

Ohne „Formel Steinmeier“ ist eine weitere Bewegung auf dem Weg der politischen Regelung nicht möglich, diese Formel bestimmt eine etappenweise Einführung des besonderen Status, d.h. die Kompromissvariante, die ein gegenseitiges Vertrauen zwischen den Seiten schaffen soll und der ukrainischen Seite gewisse Garantien geben soll, dass sie nach Einführung eines besonderen Status im Donbass dennoch eine Möglichkeit des Einflusses auf die Situation behalten, die sich im weiteren entwickelt.

Leider steht derzeit diese Frage der „Formel Steinmeier“ bei uns nur in einer Position - das ist die

Verlängerung der Gültigkeit des Gesetzes über einen besonderen Status mit der Implementation der „Formel Steinmeier“ in dieses, was eine etappenweise Entwicklung dieses besonderen Status vorsieht, entweder gleichzeitig, wie das im Maßnahmenkomplex vorgesehen ist, aber in jedem Fall muss eine Verlängerung dieses Gesetzes sein.

Leider ist die Ukraine heute nicht dazu bereit. Offenbar liegt darin auch die Schlüsselursache, dass in diesen 75 Sitzungen die Gruppe nicht zur Erörterung der eigentlichen Frage kommen konnte, sondern sich nur damit beschäftigt hat, ob diese Frage in die Tagesordnung aufgenommen werden kann.

Besuch des Koordinators der humanitären Untergruppe in der LVR und auf von Kiew kontrolliertem Gebiet

Am 4. Oktober wurde in Minsk die Frage eines weiteren Besuchs von Toni Frisch in den Haftorten der festgehaltenen Personen sowohl in der LVR als auch auf dem von Kiew kontrollierten Territorium erörtert.

Toni Frisch wird nicht zum ersten Mal bei uns sein. Sein Besuch steht für die nächste Zukunft an. Er besucht unser Territorium regelmäßig. Wir sind ihm äußerst verbunden dafür, dass er seine Möglichkeiten möglichst effektiv nutzt und als Koordinator sich selbst beteiligt, sich selbst ein objektiveres Bild macht.

Jetzt wird sein erster Schritt der Besuch des Untersuchungsgefängnisses in Starobelsk (von Kiew kontrolliertes Gebiet) sein, über das wir schon vor etwa einem Jahr Informationen über die unmenschlichen Bedingungen, in denen dort Menschen gefangen gehalten werden, vorgebracht haben. Die ukrainische Seite hat tollkühn dargelegt, dass alle Probleme gelöst seien. Aber für diese Erklärung der Ukraine gibt es keinerlei Bestätigung. Niemand hat kontrolliert, inwieweit die Mängel beseitigt wurden.

Genau das soll Herr Frisch in erster Linie im Untersuchungsgefängnis von Starobelsk ansehen und entweder diese Informationen bestätigen, die von der Ukraine vorgebracht werden oder die nächsten notwendigen Schritte festlegen, um die Haftbedingungen den internationalen Normen anzupassen.

Dann wird Frisch das Territorium der Republik besuchen.

Hier plant er Treffen mit bei uns festgehaltenen Personen. Wir werden zusammenarbeiten und seinen Besuch erwarten.

Gesetz zur Verlängerung des Gesetzes über einen besonderen Status

Der Präsident der Ukraine Pjotr Poroschenko hat am 4. Oktober in die Oberste Rada einen Gesetzesentwurf eingebracht, der die Verlängerung der Gültigkeit des Gesetzes über einen besonderen Status des Donbass für ein Jahr vorsieht. Das Komitee des Parlaments zu Fragen der nationalen Sicherheit und Verteidigung hat empfohlen, das Dokument zu überarbeiten. Die Parlamentarier haben erklärt, dass die Gültigkeit des Gesetzes erst dann verlängert werden kann, wenn vom nicht von Kiew kontrollierten Territorien die „ungesetzlichen bewaffneten Formationen, Kämpfer und Söldner“ abgezogen sind.

Ungesetzliche Formationen sind vor allem militärische Einheiten der Nationalgarde und weitere bewaffnete Formationen der Ukraine, die sie hierhin, in den Donbass geschickt haben. Und wir haben gar nichts dagegen, dass die Ukraine diese Formationen von hier abzieht.

Aber wie die Praxis zeigt, sind die Beschüsse, die auf unser Territorium erfolgen, Aktivitäten nicht der regulären Truppenteile, nicht der ukrainischen Streitkräfte, sondern gerade dieser Formationen, die nicht dem Generalstab untergeordnet sind. Deshalb, wenn die Ukraine so darauf besteht – soll sie sie abziehen.

Mit den ukrainischen Streitkräfte ist es etwas leichter einen Dialog durchzuführen, weil sie bestimmte Verpflichtungen haben, und dort gibt es eine gewisse Lenkbarkeit von Seiten Kiews. Über die nationalistischen Formationen gibt es keine effektive Kontrolle. Deshalb gibt es bei uns die systematischen Beschüsse unseres Territoriums.

Es werden keinerlei zusätzliche Bedingungen der Ukraine in Betracht gezogen werden.

Was irgendwelche zusätzlichen Bedingungen usw. betrifft, so gibt es nur eine Bedingung – das ist der Maßnahmenkomplex, der die Folgerichtigkeit der Schritte festlegt, darunter auch die Einführung

des besonderen Status. Die Ukraine hat diese Handlungen zu scheitern gebracht, die Fristen zum Scheitern gebracht, die vorgesehen waren. Und jetzt versucht sie von irgendwelchen zusätzlichen Bedingungen zu reden? Nein. Es wird keine anderen Bedingungen geben außer denen, die in den Minsker Dokumenten festgelegt sind.

Der einzige Kompromiss, den wir zulassen können, ist die nicht gleichzeitige Einführung des besonderen Status, wie dies im Maßnahmekomplex vorgesehen war, sondern eine etappenweise Einführung, wie dies Frank-Walter Steinmeier am 2. Oktober 2015 beim Gipfel der „normannischen Vier“ vorgeschlagen hat.

Das ist ein sehr ernsthafter Kompromiss für uns, das ist der äußerste Schritt zurück von den Minsker Vereinbarungen, auf den wir eingehen können. Aber die Ukraine weigert sich, diesen Mechanismus zur Einführung eines besonderen Status zu behandeln. Andere Mechanismen wird es nicht geben.

Angebliche Verletzung der Abzugsgrenzen für Technik durch die LVR in Krasnyj Lutsch

In einem der letzten Berichte der OSZE-Mission ist die Information darüber aufgetaucht, dass die LVR angeblich die Abzugsgrenzen für Technik verletzt hat, indem sie zehn Mehrfachraketenwerfer „Grad“ im Gebiet von Krasnyj Lutsch stationiert hat. Aber gemäß den Minsker Vereinbarungen soll sich dieser Typ von Waffen in einem Abstand von mindestens 25 km von der Kontaktlinie befinden und von Krasnyj Lutsch zur Kontaktlinie sind es mehr als 50 km.

Gemäß der Entscheidung der Kontaktgruppe über den Abzug von Waffen großen Kalibers wurden vor allem Abstände von der Abgrenzungslinie festgelegt, auf die diese oder jene Art von Waffen abgezogen werden muss und es werden Lagerorte festgelegt, wo diese Waffen gelagert werden müssen.

Das, was die OSZE-Mission beobachtet hat, da haben sie nun gerade einen solchen Lagerbezirk für abgezogene Waffen beobachtet. Die Rede ist hier von unzuverlässigen OSZE-Beobachtern, die diese Information in ihren Bericht aufgenommen haben.

Wir haben Informationen über die Koordinaten dieser Lagergebiete unmittelbar an die Leitung der OSZE-Mission gegeben.

Ich habe mich bereits an die Vertreter der Mission gewandt mit der Bitte, die Situation aufzuklären und zu erklären „worin hier der Verstoß liegt“.